

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Vereint für unsere Interessen eintreten

Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis stehen in vielen Bereichen vor Herausforderungen, die nach gemeinsamen Antworten verlangen. Das gilt für viele wichtige Themenfelder - aktuell vor allem für die Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes, aber auch für Fragen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik.

Dass ausgerechnet die nordrhein-westfälische SPD-Ministerin Barbara Hendricks durch den von ihr initiierten Statusbericht zur Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin den Status Bonns als Bundesstadt und Sitz von Bundesministerien derart deutlich in Frage stellt, bleibt unverstänlich.

Hendricks hat mit ihrem Statusbericht die Gedankenspiele in Richtung einer weitergehenden Verlagerung von Arbeitsplätzen vom Rhein an die Spree, am Ende sogar die Planspiele eines Totalumzugs zumindest fahrlässig befeuert. Auch wenn sie sagt, es sei doch nur um eine neutrale Bestandserhebung gegangen, und wenn sie nun keine Schlussfolgerungen ziehen will: Sie hat damit das Risiko, dass das Bonn-Berlin-Gesetz etwa bei den nächsten Koalitionsverhandlungen in einer unbemerkten Situation und dann womöglich außerhalb unseres Einflusses in die Mühlen der Verhandlungen gerät, deutlich erhöht. Und das völlig unnötig.

Auch wenn es stimmt, dass einige Abläufe durch die Aufteilung etwas komplizierter sind: Genau das wurde in der politischen Abwägung und Verabschiedung des Bonn-Berlin-Gesetzes bewusst in Kauf genommen. Denn die Bundesrepublik ist kein zentralisierter Staat, sie lebt davon, mehrere Politikzentren zu haben und will mit dieser Entscheidung gerade auch an die historisch bedeutsame Zeit der Bonner Republik anknüpfen.

Der Standort ist im Übrigen nicht nur für die Bonner Ministerien und die dortigen Arbeitsplätze entscheidend, sondern auch für die Verbände und UNO-Organisationen, die gerade deshalb hier sind, weil die entsprechenden Ministerien hier ihren Sitz haben. Der Statusbericht zeigt dabei durchaus Unterschiede auf wie konstruktiv die verschiedenen Ministerien ihre Arbeit an zwei Standorten organisieren. Man kann daraus ablesen, welche Gründe häufig für den Rutschbahneffekt verantwortlich sind. Und man kann ablesen, welche Rahmenbedingungen es einfacher machen, die räumliche Trennung eben nicht zum Problem werden zu lassen. Angefangen von moderner Videokonferenztechnik bis hin zum Stellenausschreibungsmanagement.

Es wäre jetzt Aufgabe der Ministerin, nicht nur den angeblich neutralen Statusbericht vorzulegen, sondern ihn nun auch auszuwerten nach best practice Beispielen, die zeigen, wie die Ministerien voneinander lernen können und wie es besser gelingen kann, das geltende Gesetz einzuhalten. Wie wäre es, wenn das der Maßstab wäre und wenn die Ministerien dazu konkrete Vorschläge machen würden? Der Statusbericht hat jedenfalls hellhörig werden lassen, was die SPD offenbar will und mit einer rot-rot-grünen Mehrheit im Bund auch umsetzen könnte.

Der Standort z. B. von Dax-Konzernen und

Ministerien in Bonn ist keineswegs so abgesichert, dass man Standortprobleme leichtfertig riskieren könnte. Auf der einen Seite hat es die Region viel politische Arbeit und erhebliche Investitionen gekostet, um Bonn als UN-Standort mit 1.000 Angestellten zu etablieren. Auf der anderen Seite haben wir erleben müssen, wie schnell Wirtschaftsunternehmen Bonn verlassen können. Allein am Umzug der Zurich-Versicherung mit ihren 1.000



Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB, rechts- und verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Angestellten und einem geschätzten Verlust von Gewerbesteuererträgen im zweistelligen Millionenbereich haben wir in der Region wieder einmal erleben müssen, wie wichtig eine gute Verkehrsanbindung ist.

Neben den großen Unternehmen ist es aber vor allem der Mittelstand, der unsere Region voran bringt. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat auf Initiative der CDU beschlossen, den Etat für den forschenden Mittelstand insgesamt um weitere 40 Millionen Euro zu erhöhen. Wir haben auch in unserer Region Bonn/Rhein-Sieg viele mittelständische Unternehmen, die bereits von der Förderung durch das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand und die Industrielle Gemeinschaftsforschung profitiert haben. Allein in der laufenden Wahlperiode gingen Fördermittel von 3,8 Millionen Euro aus dem Zentralen Investitionsprogramm Mittelstand an Unternehmen in dem Wahlkreis 97 Rhein-Sieg I, die mit ihren innovativen Produkten erfolgreich am Markt agieren und Arbeitsplätze schaffen können. Es ist wichtig, dass der regionale Mittelstand auch in den nächsten Jahren weitere Unterstützung erhält.

Ein weiteres Arbeitsfeld, das dringend gemeinsame Lösungen erfordert, ist die Verkehrspolitik. Eine gute Infrastruktur ist die Basis für eine gute Wirtschaftsentwicklung. Der Nachholbedarf gerade in unserer Region ist enorm. NRW ist leider Stau Land Nummer Eins in Deutschland und die Infrastruktur durch eine verfehlte

rot-grüne Verkehrspolitik in einem sehr schlechten Zustand.

Mobilität ist für die Menschen in ihrem Privatleben, für Pendler und Handwerker gleichermaßen wichtig! Daher setzen wir uns gemeinsam für die Stärkung von Bus und Bahn ein, für Carsharing und für ein gutes Radwegenetz. Den schnellen Ausbau der Elektromobilität sehen wir als eine wichtige Ergänzung der bestehenden Mobilitätsangebote an. Die Bonner CDU steht ebenso wie die CDU im Rhein-Sieg-Kreis aber auch dafür, dass unser Straßennetz die aktuelle und absehbare Belastung an PKW- und LKW-Verkehr verkraften kann – und das ohne Dauerstau.

Ein entscheidender Faktor für den Verkehrsfluss kann dabei eine durchgängige Verbindung zwischen A 3 und A 565 sein. Diese Strecke liegt klar im Interesse der Menschen, die jeden Tag Zeit, Nerven und auch Geld im Dauerstau verlieren. Sie liegt zudem im Interesse derjenigen, die in Bonn unter dem Verkehrschaos leiden. Das Bundesverkehrsministerium hat der Südtangente ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 6,6 zugesprochen. Das ist ein besonders hoher Wert, der sich daraus ergibt, dass ein außerordentlich hoher Bedarf besteht. Gerade die nun vorgesehene, über weite Abschnitte unterirdisch verlaufende Trasse bringt entscheidende Vorteile. Weitere Verbesserungen an den (noch) überirdischen geplanten Abschnitten sind noch möglich.

Die Veränderungen, die durch den Bau der Südtangente gegenüber der künftigen Verkehrssituation in Bonn ohne die Südtangente zu erwarten sind, kommen den Menschen der Region zugute. Die Karten, die das Bundesverkehrsministerium im Bundesverkehrswegeplan herausgegeben hat, zeigen die Abnahme und Zunahme von Verkehr. Allein die Reuterstraße würde um 15.000 Kfz pro Tag entlastet, die B 9 bei Kessenich um rund 10.000 Kfz pro Tag, die Königswinterer Straße (L 331) um gut 7.000 Kfz und viele weitere Straßen würden erheblich leiser. Die Menschen würden rund um die Südtangente rund 9,5 Millionen Stunden pro Jahr weniger im Auto sitzen und in dieser Zeit auch keine Abgase und Nutzungskosten verursachen. Reiner Transitverkehr auf der Südtangente macht laut den Prognosen gerade einmal ein Prozent aus. Meine persönlichen Gespräche mit Spediteuren haben diese Einschätzung bestätigt.

Weitere Verbesserungen können auch durch die neue Rheinbrücke bei Wesseling umgesetzt werden – vor allem, wenn sich die Region geschlossen dafür einsetzt. Auch deshalb ist ein konstruktives Vorgehen so wichtig. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsame Verkehrslösungen und das Bonn-Berlin-Gesetz sind nur einige Beispiele dafür, wie wichtig es ist, dass der Rhein-Sieg-Kreis und die Bundesstadt Bonn sich gemeinsam für die Interessen der Menschen in unserer Region einsetzen.

Ihre
Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB

www.elisabeth-winkelmeier-becker.de

Editorial



Liebe Mitglieder der Bonner CDU,

die USA haben einen neuen Präsidenten – Donald Trump wurde am 9. November zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Das Ergebnis hat offensichtlich viele sehr überrascht. Kam es aber tatsächlich so überraschend? Und ist es eine Katastrophe für die Weltgemeinschaft? Wir leben in Zeiten, in denen die Politik nicht mehr in der Lage ist, ihr Handeln transparent und nachvollziehbar zu erklären. Wir leben in Zeiten, in denen sich die Menschen nach starken Persönlichkeiten sehnen. Wir leben in Zeiten, in denen sich die Menschen nach einfachen Antworten und Orientierung sehnen, und wir leben in Zeiten, in denen sich Gesellschaften immer mehr spalten.

Insofern kommt dieses Ergebnis zumindest für mich keineswegs überraschend. Die Frage, ob das Ergebnis eine Katastrophe ist, würden wahrscheinlich die Meisten mit JA beantworten. Gleichwohl müssen wir erst mal abwarten, wie Trump tatsächlich im Amt agiert und was er durchsetzen wird. In Anbetracht der Tatsache, dass die Republikaner sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit haben, hat er jedenfalls große Chancen, seine Vorhaben durchzusetzen. Vieles hängt also von den politischen Eliten und dem Mehrheitsführer der Republikaner ab.

Fest steht auf jeden Fall, dass Trump die Vereinigten Staaten von Amerika keinesfalls wie ein Wirtschaftsunternehmen führen kann. Was aber konkret passiert, bleibt abzuwarten. Neben dem großen weltpolitischen Geschehen gibt es bei uns aber noch die vielen helfenden Hände in unserer Gesellschaft, die viel bewirken, ohne im Mittelpunkt zu stehen. Am 1. Dezember 2016 verleihen wir bereits zum 21. Mal wieder Anerkennungsurkunden und Geldpreise. Ich freue mich schon darauf, als Kreisvorsitzender auf unserer Ehrenamtsveranstaltung alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das tolle Engagement in unserer Stadt zu ehren. Ich bin jedes Jahr auf's Neue über so viel Tatkraft, Engagement und so viele neue Ideen überrascht. Unsere Ehrenamtler sind das Fundament unserer Gesellschaft, ohne das unsere Gesellschaft nicht lebensfähig wäre.

Für die kommenden Feiertage wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes und erholsames Weihnachtsfest, einen guten Start ins neue Jahr sowie vor allem Gesundheit. 2017 wird politisch ein anstrengendes und richtungsweisendes Jahr. Wir haben gleich zwei Wahlkämpfe zu bestreiten. Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr drei Direktmandate gewinnen können, um so wieder mehr Einflussmöglichkeiten für unsere Bonner Interessen zu haben.

Christos Katriotis

Wahlergebnisse der Mitgliederversammlung vom 29. Oktober 2016

Auf dem Kreisparteitag wurde neben den Wahlen zu den Vertreterversammlungen und den Delegiertenwahlen für die Bundesparteitage sowie für die Bezirks- und Landespartei-

tage auch das Kreisparteigericht neu gewählt. Vorsitzender wurde Dr. Gerd Landsberg. Das Kreisparteigericht vervollständigen die ordentlichen Mitglieder Yvonne Kuhlmann und

Christian Dürig sowie als Stellvertreterin des Vorsitzenden, Cornelia Flecken-Bringmann und als stellvertretende Mitglieder Gerhard Lorth und Nikolaus Ehlenz.

Delegierte Bundesparteitage (5 Plätze)		
1	Dr. Claudia Lücking-Michel	48
2	Ashok Sridharan	45
3	Dr. Christos Katzidis	41
4	Axel Voss	34
5	Evelyn Höller	29
6	Nicole Bonnie	27
7	Stephan Masseling	25
8	Christoph Jansen	21
9	Maria-Theresia van Schewick	16
10	Katharina Becker	15
11	Dr. Stefan Brüggemann	9
12	Monika Krämer-Breuer	8
13	Stephan Rauhut	7
14	Alfred Giersberg	7
15	Prof. Dr. Karl Broich	6
16	Georg Schäfer	5
17	Klaus Großkurth	5
18	Julia Polley	4
19	David Lutz	4
20	Christoph Schada von Borzyskowski	4
21	Christian Steins	3
22	Andreas Niessner	2
23	Dr. Andreas Gronimus	2
24	Dr. Wendelin Wilhelm	2
25	Frank J. Schönhardt	1

Delegierte Bezirks- und Landesparteitage (10 Plätze)		
1	Dr. Claudia Lücking-Michel	64
2	Dr. Christos Katzidis	58
3	Ashok Sridharan	58
4	Axel Voss	44
5	Evelyn Höller	39
6	Stephan Masseling	38
7	Nicole Bonnie	35
8	Christoph Jansen	30
9	Gunnar Gmilkowsky	29
10	Maria-Theresia van Schewick	21
11	Katharina Becker	17
12	Monika Krämer-Breuer	17
13	Alfred Giersberg	15
14	Dr. Stefan Brüggemann	14
15	Christian Weiler	12
16	Julia Polley	12
17	Prof. Dr. Karl Broich	11
18	Klaus Großkurth	11
19	Gordon F. Land	9
20	Birgitta Kraus	9
21	Andreas Ritschel	8
22	Christian Steins	8
23	Stephan Rauhut	7
24	Dr. Andreas Gronimus	7
25	Christoph Schada von Borzyskowski	7
26	Georg Schäfer	6
27	Dr. Wendelin Wilhelm	6
28	Andreas Niessner	5
29	Frank J. Schönhardt	5
30	Dr. Philip Rosin	4

Vertreterversammlung Bundestagswahl (5 Plätze)		
1	Dr. Claudia Lücking-Michel	56
2	Axel Voss	45
3	Evelyn Höller	41
4	Dr. Christos Katzidis	38
5	Nicole Bonnie	28
6	Christoph Jansen	24
7	Stephan Masseling	24
8	Maria-Theresia van Schewick	17
9	Stephan Rauhut	14
10	Klaus Großkurth	13
11	Alfred Giersberg	11
12	Monika Krämer-Breuer	11
13	Katharina Becker	9
14	Georg Schäfer	9
15	Dr. Wendelin Wilhelm	8
16	Christoph Schada von Borzyskowski	7
17	Dr. Andreas Gronimus	5

Vertreterversammlung Landtagswahl (5 Plätze)		
1	Dr. Claudia Lücking-Michel	54
2	Dr. Christos Katzidis	45
3	Axel Voss	45
4	Evelyn Höller	41
5	Nicole Bonnie	33
6	Stephan Masseling	25
7	Maria-Theresia van Schewick	19
8	Klaus Großkurth	17
9	Alfred Giersberg	11
10	Monika Krämer-Breuer	11
11	Katharina Becker	10
12	Birgitta Kraus	10
13	Stephan Rauhut	10
14	Christoph Schada von Borzyskowski	9
15	Dr. Wendelin Wilhelm	7
16	Dr. Andreas Gronimus	6
17	Georg Schäfer	6

Aus dem Bundestag

Kinderehen widersprechen unseren Werten

Von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB

Sie sind oft erst 11, 12 oder 13 Jahre alt – minderjährige Mädchen, die in ihrer Heimat mit einem viel älteren Mann verheiratet wurden oder hier heiraten möchten. Seit Herbst vergangenen Jahres verzeichnen wir steigende Zahlen. Bis Ende Juli 2016 wurden in Deutschland 1.475 Ehen registriert, in denen ein Partner noch minderjährig ist. Diese im Ausland nach dem Scharia-Recht geschlossenen Ehen stellen unsere Justiz vor eine große Herausforderung. Die Frage ist, ob diese Ehen in Deutschland anerkannt werden dürfen, obwohl die Ehemündigkeit nach deutschem Recht nicht bestand.

Gut unterscheiden müssen wir dabei, ob die Ehe im Ausland oder in Deutschland geschlossen wurde und ob der Aufenthalt in Deutschland längerfristig ist.

Neu heiraten darf in Deutschland nur, wer bereits 18 Jahre alt ist oder ab dem 16. Lebensjahr mit einer Genehmigung des Familiengerichts. Somit stellt dieser Umstand nicht nur die deutsche Rechtsordnung, sondern auch unsere gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Solche Kinderehen passen nicht zu unseren Werten! Die Eheschließung einer 14-jährigen mit einem Erwachsenen muss bei uns völlig inakzeptabel sein. Aber auch Kinderehen von über 14-jährigen verletzen elementare Menschenrechte und sind mit unserem Verständnis von Ehe, die auf einer freien Willensentscheidung und gleichberechtigter Partnerschaft von Mann und Frau beruhen, nicht zu vereinbaren.

Wir haben eine Verantwortung für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen. Wenn ihre elementarsten Rechte durch eine Kinderehe, ihre weitere Entwicklung zu einem selbstbestimmten Leben und



Claudia Lücking-Michel MdB bei der Verteilung von Grundgesetzen auf dem Friedensplatz.

die Chancen auf eine gleichberechtigte Integration und Teilhabe betroffen sind, müssen wir handeln. Selbstverständliche Rechte von Mädchen in Deutschland müssen deshalb durch ein klares Verbot von Kinder- und Minderjährigen-Ehen geschützt werden. Bereits auf der Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands Anfang September diesen Jahres wurde der Beschluss gefasst, Kinderehen in Deutschland zu verbieten. Damit senden wir das unmissverständliche Signal, dass wir einen besseren Schutz von Minderjährigen wollen und Kinderehen in Deutschland nicht dulden. Die Rechts- und Familienpolitiker sind dazu bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium. Wir erwarten von Bundesjustizminister Maas, dass er zügig einen Gesetzentwurf vorlegt. Von Seiten der Unionsfraktion wollen wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen. Und zwar ohne die vielfältigen Ausnahmen, wie man sie zunächst aus

der SPD hörte!

Das sogenannte Voraustrauungsverbot, das zwingend die standesamtliche Eheschließung vor einer kirchlichen vorsieht, wurde leider zum 31.12.2008 abgeschafft. Dies muss wieder eingeführt und bei Verstoß sanktioniert werden. Es darf nicht sein, dass das Standesamtsgebot unterlaufen und grundlegende Rechte von Mädchen in so genannten Nichtehe missachtet werden. Auch religiöse Bestimmungen müssen mit unserer öffentlichen Ordnung in Einklang stehen.

Das internationale Privatrecht müsste dahingehend geändert werden, dass bei Festlegung der Ehemündigkeit generell das deutsche Recht Anwendung findet. Danach sollten Paare erst ab 18 Jahren legal heiraten dürfen, nur in Ausnahmefällen und nach einer Entscheidung eines Familiengerichts darf ein Partner 16 oder 17 Jahre alt sein. Nach Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes könnten Familiengerichte künftig auf

Antrag eines Ehepartners oder der Bezirksregierung auch bestehende Kinderehen aufheben.

Zudem muss gewährleistet werden, dass die Rechte und das Wohl der minderjährigen Braut auch nach der Aufhebung ihrer Kinderehe umfassend im Blick behalten werden. Fragen des Sorgerechts für ihre eigenen Kinder oder ihre eigene Unterhaltsversorgung müssen zu deren Schutz geregelt sein.

Angeht es der spezifischen Informations- und Hilfebedarfs der Betroffenen, brauchen wir eine breitere Aufklärung sowie einen Ausbau der Anlauf- und Beratungsstellen. Diese Mädchen müssen ihre Rechte kennen und sie brauchen konkrete Hilfe, um sie auch tatsächlich durchsetzen zu können.

Nicht umsonst steht außerdem die Zwangsehe seit 2011 bei uns unter Strafe (§ 237 StGB) und dürfen Eheschließungen unter Zwang nicht akzeptiert werden. Wir müssen an dieser Stelle gesetzgeberischen Handlungsbedarf prüfen, Änderungen im Personenstandsrecht oder im internationalen Privatrecht. Der Schutz der Schwächeren gilt - unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund - auch für Flüchtlingskinder. Der Staat hat hier eine Schutzfunktion, die er auch gegenüber minderjährigen Flüchtlingen wahrnehmen muss.

Für alle dauerhaft in Deutschland Lebende muss die deutsche Rechtsordnung gelten. Es darf daher keine sich widersprechenden Regelungen geben. Der Vorrang des Kindeswohls und des Wohls der Minderjährigen muss dabei im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Eine Heirat unter Kindern oder mit einem Kind als Partner läuft diesem sowie einem individuellen, selbstbestimmten Leben jedoch fraglos entgegen.

www.luecking-michel.de

In der Bäderfrage sind wir ein entscheidendes Stück weiter

Von Dr. Gilles, Fraktionsvorsitzender
Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 22. September 2016 auf Initiative und mit den Stimmen der Koalition den Knoten in der seit vielen Jahren geführten Diskussion zur Zukunft der Bonner Bäderlandschaft durchschlagen. Endlich! Dieser Tag war ein guter Tag für den Sportstandort Bonn, aber vor allem für die Menschen hier vor Ort. Der Grundsatzbeschluss zum Neubau eines neuen Familien-, Schul- und Sportschwimmbades neben dem Sportpark Wasserland, nördlich des Heizkraftwerks Süd, dürfte nun endlich die seit den 90er Jahren geführte Diskussion um die Bäder im Kern beenden. Wenn die Pläne umgesetzt werden, kehrt endlich Ruhe auch bei den Schwimmvereinen in Bonn ein. Zudem werden die Vereine zukünftig dauerhafte Planungssicherheit haben. Alle Bäder weiter in ihrem heutigen Zustand zu erhalten, war weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Das neue Zentralbad wird mitten in Bonn auf einem 50.000 qm großen Areal, was der Stadt und den Stadtwerken gehört, liegen und wird für Badegäste aus den meisten

Stadtteilen gut erreichbar sein. Sowohl mit der Straßenbahn, der U-Bahn als auch mit dem Bus kann es angefahren werden. Die neue DB-Haltestelle „UN-Campus“ wird auch in unmittelbarer Nähe sein. Was konkret entstehen wird, ein Hallenbad oder ein Kombi-bad, das werden die nächsten Wochen zeigen.

Vorteile sind groß

Die Vorteile eines Neubaus sind groß! Ein Neubau kann energetisch nach dem aktuellen Stand der Technik errichtet werden, und wird die Energie- und Unterhaltungskosten spürbar senken. Deshalb ist die Nähe zum Heizkraftwerk Süd für das Projekt wichtig, weil nur so notwendige Synergien geschaffen werden können z.B. beim Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung. Wichtig ist aber auch die Lage an einem bedeutenden Arbeitsplatzstandort. Rund um das Bad sind über 40.000 Arbeitsplätze beheimatet. Das ist aus Attraktivitätsgründen ein weiterer gewichtiger Grund für den gewählten Standort.

Bürgerwerkstatt war voller Erfolg

Die Stadtwerke sollen das neue Bad bauen und danach technisch betreiben. Um Tempo in den Prozess zu bringen, die Eröffnung ist 2020 geplant, und um zu wissen, was die Bonnerinnen und Bonner für ein Bad wollen, haben die Stadtwerke am 12. November 2016 auf dem Münsterplatz eine Bürgerwerkstatt unter dem Motto „Unser neues Schwimmbad – Mitmachen!“ durchgeführt. Wie der örtlichen Presse zu entnehmen war, wurde diese Bürgerwerkstatt gut angenommen. Es haben sich zahlreiche Personen auf unterschiedliche Weise beteiligt. Im Rückblick war dies eine gelungene Form der Bürgerbeteiligung. Die Ergebnisse sollen nun Grundlage der Konzepte sein, die Architekten im Rahmen des anstehenden europaweiten Ausschreibungsverfahrens liefern werden. Im Rahmen dieser Bürgerwerkstatt konnten alle Bürgerinnen und Bürger nicht nur Wünsche äußern oder Hinweise geben, sondern auch das bestehende Schwimmbadangebot in Bonn bewerten. Um dem neuen Zentralbad einen ansprechenden Namen zu geben, ist in

Zukunft ein eigener Wettbewerb geplant. Schön zu sehen ist, dass in der Bürgerwerkstatt auch die Kleinsten eingebunden waren. Die Kinder konnten ein Bild malen oder ein Modell bauen und bekamen dann für ihr Engagement ein kleines Geschenk. Im Rahmen der Bürgerwerkstatt wurde auch informiert. Die Teilnehmer erfuhren z.B. Fakten zum Schulschwimmen und dem Schwimmsport. Alle Ergebnisse dieser Bürgerwerkstatt wurden im Übrigen dokumentiert und veröffentlicht! Ziel ist es, möglichst viele Anregungen und Wünsche in der Planung für das neue Schwimmbad zu berücksichtigen, um eine möglichst hohe Akzeptanz und Zufriedenheit zu erreichen. Im Rahmen der Bürgerwerkstatt hatten auch die Schwimmvereine, der Stadt-sportbund sowie Ämter der Stadtverwaltung Gelegenheit, sich vorzustellen. Wer sich beteiligen wollte, aber zeitlich nicht konnte, wurde die Gelegenheit geboten, sich online zu äußern. Alles in allem haben wir jetzt bei den Bädern eine positive Stimmung. Die gilt es zu nutzen und auszubauen!
www.cduratsfraktion-bonn.de

Aus dem Europaparlament

Europas Wirtschaft wächst!

Von Axel Voss MdEP

Die Wirtschaft in der EU erholt sich spürbar und wächst in diesem Jahr um rund 1,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union ist auf dem niedrigsten Stand seit sieben Jahren zurückgegangen. Seit 2013 sind 8 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedstaaten geschaffen worden. Die Wirtschaft wächst damit so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr. Herausstechen insbesondere Rumänien und Schweden mit einem Wachstum von 4,2 Prozent. Das ist erfreulich, weil Rumänien das weitniedrigste Pro-Kopf-BIP der gesamten EU. Die Schweden hingegen wachsen so stark, obwohl sie mit Deutschland das Land sind, das die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Die 2014 vom Europäischen Parlament beschlossene Investitionsoffensive für Europa hat neue Investitionen in Höhe von 166 Mrd.

Euro in den EU-Mitgliedstaaten mobilisiert. Über 200.000 kleine Unternehmen und Start-up-Firmen haben durch diese Initiative bereits Darlehen für strategische Investitionen erhalten. Dadurch konnten über 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat die EU eine Jugendgarantie abgegeben, deren Ziel es ist, allen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine Arbeitsstelle, ein Praktikum oder eine Fortbildung anzubieten. Mit der Jugendbeschäftigungsinitiative, für die die EU 6,4 Mrd. Euro für den Zeitraum 2014-2020 zur Verfügung gestellt hat, wurden bislang 9 Millionen Jugendliche in Europa unterstützt. Seit 2013 ist die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen in Europa um rund 1,4 Mio. gesunken. Um diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen,



Axel Voss MdEP

stellt die EU jetzt zusätzlich Mittel zur Verfügung, um die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit weiter zu beschleunigen.

Damit es so erfolversprechend weiter geht, muss der eingeschlagene Weg unter dem Dreiklang „Investitionen, Strukturreformen, verantwortungsvolle Haushaltspolitik“ konsequent verfolgt werden. Und wir dürfen auch nicht müde werden, diesen Erfolg über die wirtschaftliche Krise aus den vergangenen Jahren zu kommunizieren!

Die Erfolge seit 2013 auf einen Blick:

- 1,8 Prozent Wirtschaftswachstum
- 8.000.000 zusätzliche Arbeitsplätze
- Arbeitslosigkeit auf niedrigstem Stand seit sieben Jahren
- Jugendarbeitslosigkeit um 1.400.000 reduziert
- 166 Mrd. Euro neue Investitionen durch EU-Initiative
- 200.000 Kleinunternehmen und Start-Ups mit Krediten für Investitionen

www.axel-voss-europa.de

Aus dem Landtag

Miserable Bilanz nach fünf Jahren Kraft

Von Ilka von Boeselager MdL

Am 7. November war zu lesen: „Vorhang auf. Ministerpräsidentin Kraft hat im Rahmen ihres TatKraft-Einsatzes in Bonn einen Tag lang am Theater Bonn mitgearbeitet.“ In Düsseldorf beschäftigt sich der Innenminister mit der Bilanz seines „Blitzer-Marathons“ und dem Vorwurf, diese geschönt zu haben. Gleichzeitig kommt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu der Silvesternacht nicht weiter, weil die Landesregierung wichtige Dokumente zurückhält. Gleichzeitig staut sich der Verkehr in Nordrhein-Westfalen wie jeden Tag auf bis zu 450 Kilometer – mit A555, A565, Bonner Verteiler, Nordbrücke, A59, Südbrücke. Gleichzeitig fällt an den Schulen in NRW bis zu 6,4 Prozent des Unterrichts aus. Gleichzeitig bleiben 7.000 Rektorenstellen unbesetzt. Gleichzeitig sind in NRW laut Bund Deutscher Kriminalbeamter, Februar, nur 75 Prozent der Polizisten einsatzfähig. Gleichzeitig ringen 542.000 Kinder in Hartz-IV-Verhältnissen um Anerkennung und Perspektive. Gleichzeitig stagniert die Umsetzung der Inklusion, weil 7.000 Sonderpädagogen fehlen. Gleichzeitig tickt die Schuldenuhr mit der Jahresanfangsfrequenz plus 66 Euro/Sekunde. Nordrhein-Westfalen ist in keinem guten Zustand. Wie vorhersehbar, ist die „präventive“



Schulden- und Sozialpolitik der Landesregierung auf ganzer Linie gescheitert. Drei Niederlagen vor dem Verfassungsgerichtshof. Angekündigt hatte die Ministerpräsidentin: „Wir bekennen uns offen und selbstbewusst dazu, dass wir (.) zunächst höhere Ausgaben und vielleicht sogar Schulden machen müssen.“ Jetzt gibt es die Quittung: Nullwachstum, Rekordschuldenstand. Es erinnert an ein Zerrbild der Titanic: PR-Maßnahmen und Modellprojekte im Casino –

TatKraft-Tour, Blitzermarathon –, während der NRW-Liner kentert. Mit den Schlagseiten: niedrigste U3-Betreuungsquote, geringste Bildungsausgaben pro Schüler, niedrigstes BIP-Wachstum, niedrigste Aufklärungsquote aller deutschen Flächenländer bei Straftaten, höchste absolute Anzahl an Wohnungseinbrüchen, höchste Anzahl an Empfängern staatlicher Grundsicherung, höchster Grundsteuersatz, höchster Gewerbesteuersatz. Diese Entwicklungen sind nur mit einem kompletten Politikwechsel zu korrigieren. In Bonn bewerben sich dafür Dr. Christos Katzidis – für den Bonner Süden, Hardtberg und Bad Godesberg – und Guido Déus – für das Bonner Zentrum, den Norden und Beuel. Zwei hervorragende, profilierte Kandidaten der CDU für die Landtagswahl am 14. Mai 2017. Ich bitte herzlich darum, beide mit ganzer Kraft zu unterstützen. Ein engagierter Wahlkampf muss zeigen, dass die CDU es besser kann.

Um NRW wieder fit zu machen und seine hervorragenden Ressourcen zu nutzen, ist der Haushalt effektiv zu konsolidieren. Das bedeutet einerseits: Ausgaben verantwortlich, aber konsequent zu begrenzen. Und „effektiv“ bedeutet andererseits: Wachstumspotenziale freilassen, Eigeninitiative, Innovation, die Verbindung von Wirtschaft und

Wissenschaft. Wie zum Beispiel in Bonn mit dem kreativen Netzwerk des „Digital Hub“ – mit Stadt, Wirtschaft, IHK, Uni und Hochschule Bonn/Rhein-Sieg. Darum geht es bei der Landtagswahl 2017: Abkehr von dem dirigistischen Ansatz, ideologischer Streiterei, überbordender Bürokratie – und den guten bundesweiten Rahmen nutzen, die hervorragende Steuersituation, die niedrigen Zinsen. Priorität hat, die Infrastruktur intakt zu bringen: endlich mit einem flächendeckenden Breitbandausbau, mit einem leistungsstarken, differenzierten und durchlässigen Schulsystem, mit auskömmlicher Finanzierung der KiTas und Anpassung der Kindpauschalen, mit der Wohnumfeldentwicklung für Familien, Senioren und Menschen mit kleinen Einkommen. Und mit einer Inneren Sicherheit auf Augenhöhe: Dass sich laut jüngster Umfrage nur noch ein Drittel der Bonner Bürgerinnen und Bürger sicher fühlt, ist nicht zu akzeptieren. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Polizistinnen und Polizisten nicht die moderne Ausrüstung und die notwendigen Personalzusagen erhalten, um effektiv schützen zu können. Es ist nicht zu akzeptieren, dass sie andererseits vor Übergriffen selbst oft nicht geschützt werden.

www.ilka-von-boeselager.de

Arbeitskreise
AK Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik
Mi. 07.12., 19 h: Jahresabschluss
 Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.
Fr. 27.01., 17 h: 7 Tage im Amt – neuer US Präsident Donald Trump
 Was bedeutet das für Europa und die transatlantischen Beziehungen? Diskussionsveranstal-

tung mit Axel Voss MdEP, Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Str. 65.

Claudia Lücking-Michel
Do. 8.12., 16 h: 82. Bürgersprechstunde
 Wahlkreisbüro, Markt 7, Anmeldung zwingend erforderlich unter Tel. 38763100 oder claudia.luecking-michel.wk@bundestag.de

Mo. 19.12., 16 h: 83. Bürgersprechstunde
 Wahlkreisbüro, Markt 7, Anmeldung zwingend erforderlich unter Tel. 38763100 oder claudia.luecking-michel.wk@bundestag.de
Mo. 9.1., 16-18 h: 84. Bürgersprechstunde
 Wahlkreisbüro, Markt 7, Anmeldung s.o.
Mi. 1.2., 16-18 h: 85. Bürgersprechstunde
 Wahlkreisbüro, Markt 7, Anmeldung s.o.

Stadtbezirksverband Beuel
 Vorsitzender: Detlef Lehmann; Stellvertreter: Guido Déus, Evelyn Höller, Schriftführer: Wolfgang Semder; Organisationsleiter: Joachim Mertens; Mitgliederbeauftragter: Daniel Gerhards; Beisitzer: Dr. Oliver Bärenz, Alexander Dahm, Dirk Esch, Karl-Heinz Everding, Frederick Geitel, Michael Husmann, Roland Jacob, Anne Johannsen, Rosemarie Langer, Ralf Reetmeyer, Volker Schwab, Bernd Werner.

Stadtbezirk Hardtberg
 Vorsitzender: Bernhard Schekira; Stellvertreter: Christoph Schada von Borzyskowski, Hubert Schneider; Organisationsleiterin: Birgitta Kraus; Schriftführer: Peter Holly; Mitgliederbeauftragter: Marc Defosse; Pressesprecher: Herbert Frohn; Beisitzer: Helmut Buß, Wolfgang Esser, Sabine Kramer, Susanne Plötz, Anja Poprawka, Enno Schaumburg, Christian Weiler.

Ortsverband Dransdorf
 Vorsitzender: Marcus Schmid; Schriftführer: Elimar Schubbe; Beisitzer: Hans Günther Merck; Wilhelm Minten.

Ortsverband LiKüRa/Beuel-Süd
 Vorsitzender: Marco Rudolph; Stellvertreter: Roland Jacob, Wolfgang Semder; Schriftführer: Heidi Froese-Jauch; Beisitzer: Fabian Middelhoff, Rainer Schwierczinski, Klaus Tchorz, Rita Tuepper-Fotiadis, Tobias Winckler.

Ortsverband Röttgen / Ückesdorf
 Stellvertreter: Gustav Jan Haltorf; Beisitzer: Daniel Galla.

Ortsverband Venusberg/Ippendorf
 Vorsitzender: Ingo Schulze; Stellvertreter: Oda Maria Döring, Georg Goetz; Schriftführer: Winfried Kreuzwald; Beisitzer: Dr. Rüdiger Becker, Winfried Jung, Wolfgang Minnich, Prof. Dr. Rainer Schalnus.

EAK Kreisverband
 Vorsitzender: Ingo Schulze; Stellvertreter: Dr. Philipp Rosin; Schriftführer: Wolfgang Semder; Beisitzer: Karl Ernst Conrad, Dorothy Knuth, Stephan Rauhut, Elimar Schubbe.

 **Wir sind auch auf Facebook:**
<http://facebook.cdu-bonn.de>

Impressum
 Union Kurier, Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn
 Herausgeber: CDU-Kreisverband Bonn
 Carl-Troll-Straße 63, 53115 Bonn
 Tel.: 917780
 Fax: 91 77 888
 Homepage: <http://www.cdu-bonn.de>
 e-mail: unionkurier@cdu-bonn.de
 Bank: Sparkasse KölnBonn
 BIC: COLSDE33XXX
 IBAN: DE19370501980031026008
 Verlag: Infobonn print GmbH,
 Postfach 12 03 05, 53045 Bonn
 Redaktion: Stephan Masseling (v.i.S.d.P.),
 Gunnar Gmilkowsky, Rosemarie Heckmann
 Fotos: CDU Bonn
 Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Hinweis: Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.

Bonn

OV Auerberg / Graurheindorf
Sa. 17.12., 10 h: Glühweinstand
 mit Landtagskandidat Guido Déus, Neue Auerberger Mitte, Auerberger Allee 4..

222, nach Anmeldung unter: david.lutz@cdu-bonn.de, oder 0157-92315391.

OV Dransdorf
Di. 13.12., 19 h: Bürgerstammtisch
 Lambertus Stube, Lambertusweg 1.
Di. 10.01., 19 h: Bürgerstammtisch
 Lambertus Stube, Lambertusweg 1.

OV Poppelsdorf
Mi. 07.12., 19:30 h: Offene Vorstandssitzung und Bürgertreff
 mit Stv. Christian H. Steins, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 81.

OV Tannenbusch / Buschdorf
Fr. 02.12., 18 h: Bürgergespräch
 mit Stv. Georg Schäfer, Alt Buschdorf, Buschdorfer Str. 15.

Beuel

Bezirksverband Beuel
Mi. 11.1., 19 h: Traditioneller Neujahrsempfang
 mit Dr. Claudia Lücking-Michel MdB und BBM Guido Déus, Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Str. 65.

OV LiKüRa / Beuel-Süd
Mo. 05.12., 17 h: Bürgersprechstunde
 mit Stv. Ludwig Burgsmüller, Senioren-Begegnungsstätte, Küdinghovener Str. 143.
Do. 15.12., 19:30 h: Weihnachtsfeier der CDU LiKüRa und Oberkassel
 Treffpunkt: Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Str.74.

OV Oberkassel
Do. 15.12., 19:30 h: Gemeinsame Weihnachtsfeier CDU Oberkassel und LiKüRa
 am Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Str. 74.

Hardtberg

OV Brüser Berg
Sa. 3.12., 10 - 14 h: Adventsmarkt
 Brüser Berg.

OV Duisdorf
Sa. 10.12., 10:30 - 12:30 h: Infostand mit Glühwein
 Marktplatz, Rochusstr.

Bad Godesberg

Bezirksverband Bad Godesberg
Fr. 09.12., 18 h: Adventstreffen
 mit Glühwein, ehemalige spanische Residenz, Am Kurpark.

Sa. 21.01., 10 h: StandPunkt
 mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Czudaj, Klufterplatz.

OV Hochkreuz
Sa. 03.12., 10:30 h: Bürgersprechstunde und Nikolausaktion
 mit Stv. Frank von Alten-Bockum und Bzv. Philipp Lerch und Elke Melzer, EDEKA, Langer Grabenweg 3.
Fr. 09.12., 17 h: Adventlicher Jahresausklang
 ehemalige spanische Residenz, Am Kurpark 7.

Mi. 01.02., 19:30 h: Politischer Stammtisch mit Dr. Christos Katzidis
 Thema: Sicherheit im Hochkreuz, La Pergola, Wurzerstr. 7.

OV Mehlem
Mo. 19.12., 19:15 h: Turmblasen
 Teilnahme am adventlichen Abend vor der Kirche St. Severin, Klosterbergstr. 4.

OV Friesdorf
Di. 13.12., 20 h: Weihnachtlicher Stammtisch
 mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Czudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

Vereinigungen

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)
Mo. 05.12., 20:15 h: Planung 2017
 gemeinsam mit AK Sozialpolitik, Gasthaus Dauenbach, Brüdergasse 6.

Frauen Union Kreisverband Bonn
Mi. 7.12., 18 - 23 h: Besuch Weihnachtsmarkt
 Treffpunkt: Engel-Treff von Claudia Kipp am Friedensplatz.

Ost-und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Bonn
So. 11.12., 15 h: Ökumenischer Gottesdienst
 Katholische Stiftskirche, Stiftsplatz.
Mi. 4.01., 18 h: Politischer Stammtisch
 Gaststätte Salvator, In der Sürst 5-7.
Mi. 01.02., 18 h: Politischer Stammtisch
 Gaststätte Salvator, In der Sürst 5-7.

Evangelischer Arbeitskreis Kreisverband Bonn
Mi. 1.2., 19:30 h: Das C aus muslimischer Sicht
 gemeinsame Veranstaltung mit der Jungen CDA. Referentin: Serap Güler MdL. Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str.63.

Junge CDA Bonn
Mi. 01.02., 19:30 h: Das C aus muslimischer Sicht: Gehört der Islam zu CDU und CDA?
 zusammen mit dem EAK Bonn; Vortrag und Diskussion mit Serap Güler MdL, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

Junge Union Kreisverband Bonn
Fr. 06.01., 21 h: Kneipenhopping
 Startpunkt James Joyce, Mauspfad 6-10, Alle weiteren Informationen auf der JU Facebookseite.

Senioren Union Bad Godesberg
Mi. 07.12., 15:30 h: Adventsfeier
 bei Kaffee und Kuchen, mit Bilderschau von Heinz Contzen: Island. Insel aus Feuer und Eis. Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.
Do. 19.01. 15:30 h: Im Gespräch mit Christos Katzidis
 Vorstellung und Ziele des Bad Godesberger Landtagskandidaten, Dr. Christos Katzidis, Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.

JU Hardtberg
Di. 29.11., ab 19 h: Bürgerstammtisch
 Pastarotti, Von-Guericke-Allee 5.

CDU Kleiderstube Beuel
Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag von 13:00 bis 18:00 Uhr,
 Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16, Tel. 46 21 00.

